



29. April 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Frieden und Freiheit in Europa verteidigen**
- **Erhöhung des Mindestlohns**
- **Abschaffung der EEG-Umlage**
- **Treffen der Weseranrainer**
- **Haushaltsberatungen**
- **Bilder der Woche**

Frieden und Freiheit in Europa verteidigen

Der Bundestag hat mit einem gemeinsamen Antrag der Ampel-Parteien und der Union für eine umfassende Unterstützung an die Ukraine gestimmt. Mit einer großen Mehrheit von 586 Stimmen forderten die Abgeordneten die Bundesregierung auf, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und wo möglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung auf schwere Waffen und komplexe Systeme etwa im Rahmen des Ringtausches zu erweitern. Die Fähigkeiten Deutschlands zur Bündnisverteidigung dürften dabei nicht gefährdet werden.



Seit mehr als zwei Monaten führt Präsident Putin einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Jeden Tag sterben dort unschuldige Menschen. Über fünf Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind mittlerweile auf der Flucht.

Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine. Die Bundesregierung hat seit 2014 gut zwei Milliarden Euro an finanzieller Unterstützung geleistet. Im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung zudem Waffen zur Selbstverteidigung geliefert und der Lieferung aus Drittstaaten zugestimmt. Dazu gehören gepanzerte Fahrzeuge, Schützenpanzer und Haubitzen. Genauso wichtig sind Panzerabwehr- und Luftabwehrraketen sowie Maschinengewehre, Nachtsichtgeräte und Munition. Insbesondere Waffen sowjetischer oder russischer Bauart sind gefragt, weil diese sofort von der ukrainischen Armee eingesetzt werden können. Länder, die solche Waffen an die Ukraine liefern, erhalten im Rahmen des so genannten „Ringtausches“ Ersatz aus Deutschland.

Wir werden entsprechend dem Antrag unsere Waffenlieferungen anpassen. Das tun wir entschlossen, umsichtig und in enger Abstimmung mit unseren europäischen und internationalen Partnern. Wir wollen nicht in einen „Überbietungswettbewerb“ eintreten, sondern verantwortungsvolle Entscheidungen treffen, die sich nicht an Beliebtheitswerten orientieren.

Deutschland beteiligt sich dabei an den Waffenlieferungen, aber ohne die eigenen Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung einzuschränken.

Der aktuelle Zustand der Bundeswehr hat eben auch unmittelbar Auswirkungen auf die Möglichkeit, militärisches Material an die Ukraine abzugeben.

Daneben bleibt es wichtig, auch mit diplomatischen Mitteln eine politische Lösung zu suchen, um den Konflikt zu beenden. Parallel haben Deutschland und seine internationalen Partner frühzeitig weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Wenn nötig, werden wir diese ausweiten. Die EU-Kommission arbeitet zurzeit an einem weiteren Sanktionspaket.

Es bleibt bei unseren klaren Leitlinien für die Unterstützung der Ukraine mit Waffen: Wir stimmen uns eng ab mit den Bündnispartnern. Es wird keine Einschränkung unserer Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit geben. Und es wird keine Kriegsbeteiligung von Deutschland oder der NATO geben.

Erhöhung des Mindestlohns

Wir erhöhen den Mindestlohn auf 12 Euro. Dafür haben wir in dieser Woche das dafür notwendige Gesetz im Bundestag in erster Lesung eingebracht.

Mit dieser einmaligen Erhöhung haben über 6 Millionen Beschäftigte ab 1. Oktober 2022 mehr Lohn auf ihrem Konto. Viele davon arbeiten in sozialen Berufen, sind Frauen oder leben in Ostdeutschland. Wer zum Beispiel Vollzeit für Mindestlohn arbeitet, verdient statt heute 1.700 Euro dann rund 2.100 Euro brutto monatlich. Das ist für viele eine saftige Lohnerhöhung von bis zu 22 Prozent. Zudem wird die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520 Euro erhöht und dynamisiert. Das bedeutet: Steigt der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze. Eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden ist damit weiterhin möglich.



Abschaffung der EEG-Umlage

In abschließender 2. und 3. Lesung hat der Bundestag diese Woche die Absenkung der EEG-Umlage von 3,723 Cent/kWh auf null zum 1. Juli 2022 vorsieht.

Derzeit machen Steuern, Abgaben und Umlagen 40 % des Strompreises für Verbraucher aus. Davon entfallen 11 % auf die EEG-Umlage. Durch das Wegfallen der EEG-Umlage werden Verbraucher und Unternehmen gerade während der momentan stark angestiegenen Energiepreise spürbar entlastet. Auch bei bestehenden Verträgen ist die Absenkung – unabhängig von vertraglich festgelegten Preisänderungsrechten und Preisgarantien – an die Endverbraucher weiterzugeben. Dadurch wird sichergestellt, dass die Absenkung auch tatsächlich bei den Stromverbrauchern ankommt.

Durch die Absenkung der EEG-Umlage auf null spart ein vierköpfiger Haushalt pro Jahr rund 300 Euro. Unternehmen, die derzeit die volle EEG-Umlage zahlen, soweit diese nicht von der EEG-Umlagepflicht befreit sind, profitieren ebenso. **Esther Dilcher** äußerte sich hierzu: „Ich bin froh, dass wir im Bundestag nun die Senkung der EEG-Umlage schon zum 1. Juli diesen Jahres beschlossen haben. Dadurch können Haushalte spürbar entlastet werden. Das ist insbesondere mit Blick auf zukünftige Nebenkostenabrechnungen ein guter Schritt für Verbraucher.“

Treffen der Weseranrainer

Am Mittwochmorgen traf sich Esther Dilcher mit den anderen SPD-Bundestagsabgeordneten der Weseranrainer. In diesem regelmäßigen Gesprächskreis können die regionalen Entwicklungen und Umweltbelange rund um die Weser von allen betroffenen Regionen diskutiert werden.



Auf dem Bild von links: Andreas Philippi, Susanne Mittag, Daniel Schneider, Peggy Schierenbeck, Esther Dilcher, Olaf Lies und Johannes Schraps. (FOTO: Johannes Schraps).

Gesprächsthema war diesmal die Wasserqualität der Weser. Zu Gast war der niedersächsische Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies. Er sprach insbesondere zur Salzbelastung der Weser.

Bis Ende 2027 soll der Salzgehalt schrittweise abgesenkt werden, um den Zustand der Natur und Landschaft rund um die Weser wieder nachhaltig zu verbessern. Die Weseranrainer-Abgeordneten beschlossen weiterhin auf eine Verbesserung der Wasserqualität zu drängen und im engen Austausch mit allen relevanten Akteuren, insbesondere der K+S AG, zu bleiben. Im Fokus standen dabei die schleppenden Genehmigungsverfahren zur Einstapelung der Salzabwässer. **Esther Dilcher** betonte: „Für mich ist der Erhalt der Arbeitsplätze besonders wichtig. Allerdings liegt dies in der Verantwortung des Unternehmens. K+S muss dabei die Aufgabe so erledigen, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Gerade als Aktiengesellschaft sollte K+S im eigenen Interesse ökologische, soziale und nachhaltige Unternehmensziele für die Zukunft als Unternehmensstrategie verfolgen.“

Haushaltsberatungen

In dieser Sitzungswoche standen für Esther Dilcher im Haushaltsausschuss die Einzelplanberatungen für ihre Einzelpläne Justiz sowie Ernährung und Landwirtschaft für den Bundeshaushalt 2022 auf der Tagesordnung.

Als zuständige Berichterstatterin verhandelte Esther Dilcher in

den letzten Wochen seit der Einbringung des Haushalts im März mit den Berichterstattern von Bündnis90/Die Grünen und FDP. Bis zur sogenannten Bereinigungssitzung werden noch viele weitere Gespräche mit den Ministerien, dem Bundesrechnungshof, Verbänden und Unternehmen geführt, um eventuell gemäß des Koalitionsvertrags neue Schwerpunkte in den Haushalten der Ministerien zu setzen.



Bilder der Woche

Hessenempfang

Apfelwein und Ahle Wurscht für einen guten Zweck – unter diesem Motto stand der SPD-Empfang in der hessischen Landesvertretung in Berlin. Gesammelt wurde für die Unterstützung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine.



Unsere Innenministerin und hessische SPD Landesvorsitzende **Nancy Faeser** (Bildmitte flankiert von **Edgar Franke** und Landrat Winfried Becker auf der rechten Seite und MdL Günter Rudolph links) freute sich über die zahlreichen Gäste.

Gerhard Eschborn
6 Std. · 🌐

Hessenfest in Berlin wirkt bis in den Rheingau nach.....Tombolagewinn.....da lacht das Herz und Muttern.



Esther Dilcher bekam ihr Selfie mit MdEP Udo Bullmann, NVV-Geschäftsführer Steffen Müller und Ex-SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel.

Bild links: Der **Tombola-Preis** gestiftet von Edgar Franke fand den Weg zurück nach Hessen.

Mitgliederempfang der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG)

Gute Gespräche: **Edgar Franke** im Austausch mit seinem Vorgänger als Bundestagsabgeordneter, **Gerd Höfer**.

Zuvor wurde Edgar Franke erneut zum Vize-Präsidenten der DPG gewählt.



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 <https://pixabay.com/illustrations/ukraine-flag-peace-war-stop-7041973/>, , Seite 3 Andreas Amann, Seite 4 Johannes Schraps, Seite 5 Esther Dilcher, Seite 6 SPD-Landesgruppe Hessen sowie facebook-Post von Gerhard Eschborn, Seite 7 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.